

DIE LINKE.

i n K a r b e n

„nur noch“
**40 Millionen
übrig...**

Die Schlecker-Erben besitzen mehr als 40 Millionen Euro Privatvermögen. Dieses Vermögen wurde von den Beschäftigten erarbeitet. Doch Verantwortung für ihre ehemaligen Mitarbeiter/innen wollen die Erben nicht übernehmen. Als der Insolvenzverwalter für eine Übergangszeit eine Verlustfinanzierung von sieben bis neun Millionen haben wollte, lehnten sie dankend ab. Die Schlecker-Erben wollen das Geld lieber behalten. Doch damit nicht genug!

Fortsetzung Seite 2

**DIE LINKE.
im Kreistag
berichtet
auf Seite 3**

Juni/Juli 2012 / Nr. 27

Haben Stadtverordnete kein Recht auf Antwort?

Bürgermeister Rahn will Anfragen nicht beantworten. Die Stadtverordneten sollen sich die Antworten selbst aus den Protokollen der letzten Sitzungen zusammensuchen.

Die SPD-Fraktion hatte am 22. September 2011 eine Anfrage zu den städtischen Immobilien gestellt.

Doch der Bürgermeister dachte nicht daran, zu antworten. Er verlangt, dass

Fortsetzung Seite 2

Kita Brunnenweg: privat und teuer? Seite 3

Weder Schutz noch Schirm !

Karben soll unter den Kommunalen Schutzschirm. Das beschlossen CDU/FWG/FDP, SPD und Grüne in der Stadtverordnetenversammlung am 14. Juni. Nur DIE LINKE. ist dagegen. Werden die Kommunen nicht besser finanziert, helfen alle „Schutzschirme“ nichts.

Der Begriff „Schutzschirm“ hört sich ja nicht schlecht an. Doch leider ist er in Wirklichkeit weder Schutz noch Schirm. Im Gegenteil! Denn der Stadt Karben werden harte Konsolidierungsmaßnahmen abver-

langt: Die Einnahmen sollen erhöht und die Ausgaben gesenkt werden.

Wenn Einnahmen erhöht werden, wird das immer teuer für die Bürgerinnen und Bürger. So auch hier.

Weiter auf Seite 4

Haben

Stadtverordnete kein Recht...

die Stadtverordneten sich die Antworten selbst aus vergangenen Protokollen zusammensuchen.

Kann er das verlangen? Haben die Stadtverordneten kein Recht auf Auskunft? Eigentlich soll die Stadtverordnetenversammlung die Stadtverwaltung kontrollieren. Doch dazu müssen die Stadtverordneten umfassend informiert sein. Dieser Informa-

tionspflicht müssen Magistrat und Bürgermeister nachkommen. Doch Rahn will nicht. Und obwohl es in dieser Sache einen Widerspruchsbescheid von der Kommunalaufsicht (Landrat) gibt, geht Rahn sogar vor Gericht.

Auch die Vertreterin der Linken im Karbener Stadtparlament hatte die Erfahrung machen müssen, dass Rahn Fragen offensichtlich nicht gerne beantwortet. In einer Anfrage wollte *DIE LINKE*. am 31. Mai 2011 wissen, wie hoch sich die Kredite der

Stadt belaufen und in welcher Höhe es Rückstellungen gibt. Außerdem wurde nach der Zahl der städtischen Beschäftigten gefragt. Zuvor waren in der Stadtverwaltung und deren Eigenbetrieben die Arbeitsbereiche umstrukturiert worden.

Die Anfrage wurde nur unvollständig beantwortet. Es wurde auf die entsprechenden Etatpläne der Eigenbetriebe verwiesen, in dessen Besitz die linke Stadtverordnete allerdings zu diesem Zeitpunkt gar nicht war.

Fortsetzung von Seite 1

„nur noch“ 40 Millionen übrig...

Die Schlecker-Erben fordern auch noch insgesamt 176,2 Millionen Euro aus der Insolvenzmasse: mehr als 48 Mio. will jedes der beiden Geschwister und 76 Mio. wollen sie für ihre Logistikfirma.

Die Politiker interessieren sich offensichtlich auch wenig für das Schicksal der 25 000 entlassenen Beschäftigten. Eine Transfugesellschaft scheiterte,

weil die FDP keiner Bürgerschaft zustimmte. Das war das Ende der Drogeriekette.

Die FDP riet den arbeitslosen Beschäftigten - meist Frauen - sich bei der Arbeitsagentur zu melden.

Welch toller Tipp! Wir raten den Wählerinnen und Wählern, die FDP einfach nicht mehr zu wählen. Vielleicht vermittelt sie dann die Arbeitsagentur

für einen Hungerlohn an eine Leiharbeitsfirma.

Noch besser ist der Vorschlag der CDU-Ministerin von der Leyen: die Entlassenen sollen als Kindergärtnerin oder Altenpflegerin arbeiten. Natürlich ist richtig, dass in diesen Bereichen Arbeitskräfte gebraucht werden. Doch diese Arbeitskräfte sind hochqualifiziert. Sollen jetzt die Schlecker-Frauen nochmal studieren? Wer bezahlt ihnen das?

Privat und teuer?

„Terminal for Kids“, eine Tochterfirma der Fraport AG soll die neue Kita Brunnenweg in der Innenstadt betreiben. Am 14. Juni beschloss die Stadtverordnetenversammlung, den Auftrag bis 2014 befristet zu vergeben. Für diese private Kindereinrichtung will die Stadt jährlich 240 000 Euro Zuschuss zahlen. Die Fraporttochter verlangt einen höheren Betrag. Zusätzlich müssten über die Gebühren noch mindestens 125 000 Euro eingenommen werden. Mit der städtischen Gebührentabelle kann diese Summe nicht erreicht werden. Deshalb wird die Kita im Brunnenweg für Eltern teurer als die städtischen Kitas.

DIE LINKE stimmte gegen eine private Vergabe. Unklar ist, ob wegen der Kosten nur gut betuchte Eltern akzeptiert werden. Und was ist mit den Beschäftigten nach 2014? Bekommen sie nur befristete Verträge? Erhalten sie den gleichen Tarif, wie ihre städtischen Kolleg/inn/en?

DIE LINKE. Kreistagsfraktion informiert

Besuch beim Jobcenter Wetterau



DIE LINKE. Kreistagsfraktion besuchte am 16. Mai 2012 das Jobcenter in Friedberg. Gabi Faulhaber und Rudi Kreich wurden von drei Betroffenen begleitet, die selbst Erfahrungen mit dem Jobcenter haben. Die Abordnung wurde vom Leiter des Jobcenters, Herrn Wiedemann, empfangen. Ebenso war die Leiterin des Jobcenters Büdingen anwesend. Zuvor hatte *DIE LINKE*. mehr als 20 Menschen interviewt, die Leistungen

vom Jobcenter erhalten. Dabei wurden Mängel sichtbar, die bei diesem Treffen zur Sprache kamen.

Besonders wird das Misstrauen beklagt, das den Hilfesuchenden entgegen schlägt. Die Sachbearbeiter/innen wechseln häufig und es kann kein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Oft verschwinden Unterlagen und deshalb muss alles mit Zeugen oder per Einschreiben abgegeben werden.

Weder Schutz noch Schirm!

Die Grundsteuern A und B sollen in Karben erhöht werden, das hat der Bürgermeister schon angekündigt und die Gewerbesteuer wird steigen.

Gebührenerhöhungen sind zu erwarten. Da können zum Beispiel betroffen sein: die Kinderbetreuung, die Benutzung des Hallenbades oder der Stadtbücherei, die Friedhofsgebühren, die Wasser- und Abwassergebühren uvm. Auch eine Anliegergebühr bei Straßenbaumaßnahmen gibt es in einigen Gemeinden schon.

Werden Ausgaben im öffentlichen Sektor gesenkt, heißt das immer, dass die Leistungen zurück gefahren werden.

Zuerst die so genannten „freiwilligen“ Leistungen. Das wären Zuschüsse an die Karbener Vereine (wobei auch finanzielle Beteiligungen denkbar wären: z.B. für die Nutzung des Sportplatzes oder für Räume, Strom und Wasser oder eine Sanierung). Betroffen können sein: Musikschulen,

Seniorenausflüge, Präventionsmaßnahmen an Schulen, AST-Verkehr oder Kulturveranstaltungen- aber auch der Windelzuschuss.

Öffentlich ist wesentlich

Es gibt Leute, die sich alle diese Dinge privat leisten können: sie gehen ins Fitnesscenter statt in den Sportverein, in die Taunus-therme statt ins städtische Hallenbad und sie reisen nicht mit der Seniorengruppe, sondern privat. Doch Niedriglöhner, Normalverdiener/innen, Alleinerziehende, Kinder, Hartz IV-Empfänger/innen und Rentner/innen brauchen die öffentlichen Angebote.

Weniger Demokratie

Unter dem netten Begriff „Schutzschirm“ verbirgt sich auch ein Demokratieabbau. Kommunale Selbstverwaltung ist mit einem derart zusammengekürzten Haushalt nicht mehr möglich. Zumal die Schutzschirm-Verpflichtungen für 30 Jahre eingegangen werden.

DIE LINKE. stimmt dieser wohlklingenden Mogelpackung nicht zu!

Der Schutzschirm hilft Karben nicht. Die Landesregierung soll die jüngsten Kürzungen bei den Landeszuweisungen (fast 350 Millionen Euro) zurücknehmen und die Kommunen für ihre Aufgaben ausreichend ausstatten. Nur das hilft!

Kriegsappell

Bundespräsident Gauck warb am 12. Juni 2012 für Kriegseinsätze der Bundeswehr. Er forderte die Bevölkerung auf, für ihr Land gegebenenfalls auch ihr Leben zu geben. Dazu sagte der Liedermacher Konstantin Wecker: „Wenn mir wieder jemand das Sterben fürs Vaterland schmackhaft machen will, dann werde ich sehr nervös und hellhörig. Das erinnert mich an eine Kriegsrhetorik, von der ich glaubte, wir hätten sie schon längst überwunden. Außerdem ist es eine Lüge, dass unsere Freiheit im Ausland verteidigt wird. Es ist ausschließlich die Freiheit des Marktes.“